

II-9332 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 4713 13

1989 -12- 07

A N F R A G E

der Abgeordneten Dr. Partik-Pablé, Mag. Praxmarer, Huber, Eigruber

an den Bundesminister für Gesundheit und öffentlichen Dienst
betreffend Zuweisung einer Behindertenplanstelle

Die unterzeichneten Abgeordneten haben den Bundesminister für Justiz mit Anfrage Nr. 3981/I aufgefordert, dazu Stellung zu nehmen, daß eine behinderte Schreibkraft beim Kreisgericht Ried im Innkreis nicht eingestellt wurde. Der Bundesminister für Justiz hat mit Anfragebeantwortung Nr. 3848/AB festgestellt, daß das Bundesministerium für Justiz bereits am 15.3.1988 das Bundeskanzleramt ersucht habe, gemäß Punkt 2 Abs. 7 des allgemeinen Teiles des Stellenplanes im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Finanzen diese Behindertenplanstelle zuzuweisen; diesem Ansuchen sei jedoch bisher nicht entsprochen worden. Überdies stellte der Bundesminister für Justiz in seiner Anfragebeantwortung fest, daß noch weitere Anträge seines Ressorts auf Zuweisung von Behindertenplanstellen gestellt worden seien, die bisher unerledigt blieben.

In diesem Zusammenhang richten die unterfertigten Abgeordneten an den Herrn Bundesminister für Gesundheit und öffentlichen Dienst die nachstehende

A n f r a g e :

- 1) Ist es richtig, daß die Einstellung der Behindertenschreibkraft beim Bezirksgericht Ried im Innkreis deshalb nicht möglich ist, weil eine Erledigung des Ersuchens auf Zuweisung der nötigen Behindertenplanstelle von Ihrem Ministerium bisher nicht erfolgt ist?

- 2) Wieviele derartige Ersuchen des Bundesministeriums für Justiz sind derzeit unerledigt bei Ihrem Ministerium anhängig?
- 3) Welche Maßnahmen werden sie setzen, um in Zukunft eine schnellere Abwicklung dieser Genehmigungen zu ermöglichen bzw. welche Möglichkeiten sehen Sie, die Zuweisung von Behindertenplanstellen grundlegend zu vereinfachen?